



Niederschrift

64. Plenarsitzung des Gemeinderates
14. Mai 2019, 13:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 2 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

Vorlage: 2019/0154

dazu:

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/0498

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss die aus der Anlage 1 ersichtliche Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Karlsruhe.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 32 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag: Bei 17 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Wir könnten dieser Vorlage so zustimmen, wenn nicht eine Sache drin wäre. Das ist die Erhöhung der Grenze für den Verkauf von Grundstücken. Wir haben uns vor kurzem bewusst dafür eingesetzt, dass die Stadt möglichst selten Grundstücke verkauft, insbesondere Wohngrundstücke, damit wir auf Dauer einen Einfluss haben, insbesondere auf die Miethöhe in diesen Gebäuden. Deshalb sehen wir es sehr kritisch, dass hier die Grenze von 150.000 Euro auf 500.000 Euro doch sehr drastisch erhöht werden soll und damit der Gemeinderat weniger Einfluss hat, weil das unter den 500.000 Euro der Oberbürgermeister selbst entscheidet. Deshalb meinen wir, dass eine Erhöhung um 33 %, das ist auch schon eine ganze Menge, auf 200.000 Euro ausreichen würde, um die kleinen Sachen abzudecken, und dass wir dann doch weiterhin bei etwas größeren Grundstücken selbst entscheiden können, ob das verkauft werden soll.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es hat schon Sinn, dass ich mir erst einmal anhöre, was hier zur Änderung begründet wird. Ich kann es kurz machen. Die CDU-Fraktion steht voll und ganz hinter der Verwaltungsvorlage. Wir gehen davon aus, dass es für eine moderne Verwaltung – wir wollen nicht in ein Kleinstaatentum zurückfallen – erforderlich ist, dass das normale Geschäft auch abgewickelt werden kann, ohne dass jedes Mal der Gemeinderat oder irgendwelche Ausschüsse der Verwaltung über die Finger schauen müssen. Es ist typisch für das Verständnis der kommunalen Grundstücks politik, dass wir relativ schnell handeln und agieren können. So verstehe ich auch die Vollmachten, die auszusprechen sind. Jetzt aber Befugnisse für Veräußerung und Erwerb von Grundstücken einzuschränken, das ist nun in der Tat völlig irrwitzig und beschränkt unseren eigenen Apparat einer Großstadt. Hier kann man nur sagen, Künast und Habeck lassen grüßen. Sozial adäquater Umgang mit Eigentum ist die Grundlage des Erfolges unserer Republik. Insoweit habe ich in diese Verwaltung uneingeschränktes Vertrauen.

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Ich kann in weiten Teilen dem folgen, was Kollege Pfannkuch gesagt hat. Es ist in der Tat so. Wir sollten nicht in Kleinstaaterei verfallen. Ich erinnere gerade an das, was wir vor wenigen Minuten besprochen haben, nämlich etwas zeitökologisch zu arbeiten. Der Antrag der GRÜNEN widerspricht dem voll und ganz. Wir müssen bald über jeden Quadratmeter – ich sage das etwas überspitzt – diskutieren. Das können wir uns aus Zeitgründen nicht leisten. Die SPD-Fraktion ist in der Frage auch der gleichen Auffassung wie die CDU. Wir haben in diesen Fragen vollstes Vertrauen zur Verwaltung, obwohl ich der Verwaltung manchmal alles zutraue. Aber ich habe wirklich vollstes Vertrauen. Deshalb Ja zu Ihrer Stellungnahme.

Stadtrat Lancier (KULT): Die Frage nach dem Vertrauen in unsere Verwaltung empfinde ich persönlich schon als leichte Frechheit. Denn es besteht kein Zweifel daran, dass wir dem Handeln der Verwaltung vertrauen. Es ist für uns mehr eine Frage der Transparenz. Grundstücksgeschäfte müssen nach Auffassung unserer Fraktion in der Öffentlichkeit sichtbar bleiben, auch wenn es sich um etwas kleinere handelt. Aber bei 500.000 Euro hört für mich das Kleine schon deutlich auf. Insofern stimmen wir dem Änderungsantrag der GRÜNEN zu.

Stadtrat Hock (FDP): Angesichts der Tagesordnung, die wir heute haben, sehen wir das genauso wie die Kollegen der CDU-Fraktion. Wir haben absolutes Vertrauen in die Handlungsweise der Verwaltung und gehen diesen Antrag auch gerne so mit. Es wäre noch schöner, wenn wir in diese Kleinlichkeit verfallen würden und diese Dinge auch noch so, wie die GRÜNEN es fordern, mitgehen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Damit können wir in die Abstimmung einsteigen. Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der GRÜNEN auf. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit stelle ich die unveränderte Beschlussvorlage jetzt zur Abstimmung. – Das ist ein zustimmendes Votum.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
14. Juni 2019